

Die Alternative zur Alternative

**Auf den Markenkern konzentrieren – Sachsens CDU-Frontfrau
Veronika Bellmann: Mitgliederentscheide statt Jubelparteitage**



Veronika Bellmann

wurde 1994 erstmals in den Sächsischen Landtag gewählt, dessen Mitglied sie bis zum Jahr 2002 war. Mit der Bundestagswahl 2002 wechselte sie (mit einem Direktmandat versehen) in den Deutschen Bundestag. Inzwischen weitere drei Mal mit überragenden Ergebnissen wiedergewählt, ist Veronika Bellmann derzeit Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, im Abgasskandal-Untersuchungsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Der Selbständige: Aus dem Bundesvorstand war zu hören, dass die Kritiken in der Union und die Differenzen mit Seehofers CSU zu den schlechten Wahlergebnissen bei den letzten Landtagswahlen beigetragen hätten. Ist das so?

Veronika Bellmann: Ich höre das ganz anders. Mir sagen ganz viele, dass sie ungern die AfD wählen wollen, lieber die CSU, wenn es sie denn bundespolitisch gäbe. Und die CDU wählen sie nur noch, weil es die kritischen Stimmen in der Union überhaupt gibt und sie darin eine Hoffnung sehen, dass sich die Partei wieder auf ihren Markenkern konzentriert. Selbst wenn es der Bundesvorstand nie offen eingestehen würde, sich davon in die linke Richtung fortbewegt zu haben, und die Bundesvorsitzende den Fehler der unkontrollierten Grenzöffnung nie zugeben würde, im Hinblick auf kommende Wahlen deutet sich ein Umdenken an. So sollen die klassischen Themen, wie Steuerensenkungen, Stärkung von Familie, Stärkung innerer Sicherheit, Polizei und Geheimdiensten wieder zu den Schwerpunkten des Wahlprogramms werden. Selbst bundesweite Volksentscheide sind kein Tabu mehr. Auf Parteebene wären Mitgliederentscheide statt Jubelparteitage dafür eine gute Übung. Ohne uns Kritiker hätte es diese Einsichten und dieses Umdenken nicht gegeben.

Der Selbständige: Die Koalitionsmuster sind durch die Schwäche der FDP und das Aufkommen der AfD von der Regel zur Ausnahme geworden. Und auch die alte Faustregel „eine große Koalition geht immer“ gilt nicht mehr nach Stuttgart und Magdeburg. Wäre es da nicht das Beste, die Parteien versuchten

das Naheliegendste: Die Tolerierung der von der jeweils stärksten Partei gestellten Minderheitsregierung? Diese könnte sich dann – je nach Fall – im Parlament um eine solide Mehrheit bemühen.

Veronika Bellmann: Zumindest wäre es nachvollziehbar, wenn nach Wahlen immer nur die stärkste Partei das Recht hätte, die Regierung zu bilden. Aber Minderheitsregierungen sind eine mühselige und ziemlich instabile Angelegenheit und sie halten selten eine ganze Legislaturperiode. Deshalb sind Ampeln-, Kenia- oder Jamaica-Koalitionen immer noch die bevorzugte Variante, wenn es keine überzeugenden Mehrheiten gibt. Da muss der Konsens vorher gesucht und im Koalitionsvertrag die großen Linien festgeklopft werden. Einerseits ist zwar dann, wie bei einer GroKo, die Verantwortung auf breite Schultern gelegt. Andererseits leidet aber das Funktionieren der Demokratie unter einer kleinen oder schwachen Opposition, die sich dann mehr durch Populismus als durch Sacharbeit in Szene setzt. Was die AfD betrifft, so hat sie selbst gesagt, sie wolle in der Opposition zeigen, dass sie Realpolitik kann und nicht nur auf wenige Themen fokussiert ist. Man wird sehen, ob sie dafür genügend innerparteiliche Stabilität, programmatische Verlässlichkeit und Fleiß mitbringt. Es ist ja alles im linken Spektrum schon mal da gewesen. Geschichte wiederholt sich nicht, aber es gibt manchmal erstaunliche Parallelen. Solange Grüne und PDS/Linke als Schmutzkinder galten, mit denen man nicht koalieren konnte, stärkten sie indirekt die Union. Jetzt bewirkt die AfD das Gegenteil von dem, was sie eigentlich will – sie eröffnet neue Optionen für Rote, Grüne, Liberale



in Ampel- oder Kenia-Koalitionen. Ob das den politisch mitdenkenden AfD-Wählern klar ist? Vermutlich nicht, denn über die Hälfte sind ja, wie gesagt, Protestwähler, denen es egal ist, was sie mit ihrer Stimme bewirken, solange es gegen „die da oben“ geht. Manchmal sind Alternativen eben keine wirklichen Alternativen, auch wenn sie so heißen.

Der Selbständige: Nun sagen fast alle Umfragen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit der Merkelschen Flüchtlingspolitik nicht einverstanden ist. Sehen Sie nicht in der Flüchtlingspolitik den Grund für die für die CDU desaströsen Umfrage- und Wahlergebnisse?

Veronika Bellmann: Die Flüchtlingspolitik ist die Spitze des Eisberges. Bis dahin haben insbesondere die Energiewende, die Griechenlandentscheidungen und die Eurostaatsschuldenkrise die Emotionen immer ein paar Grad höher kochen lassen. Weil sie dem gesellschaftlichen Konsens und der Existenz jedes Einzelnen immer ein Stück näher zu Leibe rückten. Weil jeder merkt, dass sich dieses Land durch den durch Merkels Großherzigkeit eröffneten unkontrollierten Zuzug gewaltig verändern wird. Die wenigsten aber wollen das. Am wenigsten die Ostdeutschen. Bei ihnen hatte sich nach der Wende



„Die Willkommenskultur wurde zur Glaubensfrage erhoben, Kritik oder auch nur Bedenken an den deutschen Sonderwegen geradezu verteuft. Da hat sich eine betriebsblinde Bunkermentalität in den Funktionsriegen breit gemacht, die durch Medien und die alt-neuen linken Jünger bestimmt, was politisch korrekt zu sein hat“

nicht nur die Postleitzahl, sondern das ganze Leben geändert. Jetzt haben sie im bundesdeutschen System endlich einen Platz gefunden und nun spüren sie, dass dieses Land durch die Einwanderung und Integration schon wieder umgекреmpelt wird. Die Menschen sagen mir, dass ihnen die Signale der Ordnung fehlen, wie strengere Grenzkontrollen, mehr Polizeipräsenz, eine durchschlagskräftigere, schnelle und gerechte Justiz, eine Integrationsobergrenze und die Durchsetzung der deutschen Leitkultur bei denen, die hier bleiben. Im Übrigen soll die Verantwortung für das Gemeinwohl in unserem Staat nicht auf der Strecke bleiben, der staatliche Kontrollverlust beendet werden, damit sie sich im eigenen Land nicht fremd fühlen. Dass wir im Nachhinein in einer für den deutschen Gesetzgeber einzigartigen Geschwindigkeit die Asylgesetzgebung inklusive eines Integrationsgesetzes und infolge der Kölner Silvesternachtereignisse das Sexualstrafrecht enorm verschärft haben, stößt aber in der Bürgerschaft kaum mehr auf offene Ohren. Die für die meisten gefühlte und für einige selbst erfahrene Unsicherheit hat sich tief eingebrannt. Ob sich die offene Wunde bis zu den nächsten Wahlen schon geschlossen hat? Ich hoffe das, aber ich weiß auch, dass es hier ist wie in der Medizin. Eine Narbe ist immer noch nicht gleichzusetzen mit funktionstüchtigem

Gewebe. Denn es schmilzt die Eisbergkuppe, weil das politische Klima hitziger geworden ist. Aus Unzufriedenen wurden erst Entfremdete und dann Empörte über die brüchige Rechtsstaatlichkeit, die fremdbestimmte Einwanderungspolitik, die Angst vor der Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Verunsicherung hat sich breit gemacht. Die Sorge um Identitätsverlust und Überfremdung des Landes hat viele Bürger erfasst, auch wenn sie denjenigen Flüchtlingen gegenüber gastfreundlich sind, die unsere Rechts- und Werteordnung akzeptieren. Die Bürger sehen den gesellschaftlichen Frieden und die innere Sicherheit in Gefahr, das Land gespalten, die Politik zerstritten und die Bundesrepublik mit ihrer Übermoral in Europa isoliert. Angela Merkels Flüchtlingspolitik trägt aber immer noch quasireligiöse Züge. So wurde die Willkommenskultur zur Glaubensfrage erhoben, Kritik oder auch nur Bedenken an den deutschen Sonderwegen geradezu verteuft. Da hat sich eine betriebsblinde Bunkermentalität in den Funktionsriegen breit gemacht, die durch Medien und die alt-neuen linken Jünger bestimmt, was politisch korrekt zu sein hat. Die Bürger merken das sehr wohl, sprechen nicht umsonst vom „Raumschiff Berlin“. Wo ist der offene Diskurs, wo die Debattenkultur geblieben, die auf Meinungsvielfalt setzt, sie ernst nimmt und Unter-



schiede nicht einfach nur zukleistert? Aber ich bin mir sicher, dass Agieren oder Sich-Treiben-Lassen wider jede politische Vernunft sich rächen wird. Die Halleluja- und die Kreuzigen-Rufe liegen selten weit auseinander.

Der Selbständige: Die Freiburger Denkfabrik SAT hat abgeschätzt, wie viele Flüchtlinge 2016 nach Deutschland kommen könnten. SAT kommt zu einem bestürzenden Ergebnis: Verschlechtere sich in afrikanischen Staaten die Lage dramatisch, könne dies eine neue zusätzliche Bewegung in Richtung Europa auslösen. 6,4 Millionen Menschen würden dann versuchen, den Weg nach Deutschland zu finden. Für wie realistisch halten Sie dieses Szenario?

Veronika Bellmann: Das ist leider ein realistisches, wenn auch nicht kurzfristig eintretendes Szenario. Deshalb haben wir absolut keine Zeit, um theoretische Fluchtursachenbekämpfung zu betreiben oder an der Neustrukturierung der Entwicklungshilfe herum zu laviieren. Entwicklungsminister Müller drückt da zu Recht auf die Tube und wie ich finde, auch mit den richtigen Maßnahmen – aber immer noch zu wenig Mitteln. Die Regionen müssen stabilisiert, Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden, auch neue Städte gebaut, die Lager ordentlich versorgt,

„Selbst der euphorischste Unternehmer und die willkommenskulturfreudigste Kommune haben längst verstanden, dass die Probleme des Fachkräftemangels und die demografische Entwicklung allein durch Zuwanderung nicht zu lösen sind“



die Handelsstrukturen mit den Afrikanern überprüft werden.

Minister Müller hat gesagt, dass Bildung, Arbeitsplatz, Unterkunft für einen Flüchtling in den Herkunftsländern 350 Euro im Jahr, in Deutschland aber 3500 Euro im Monat kosten würde. Da wird uns ja noch etwas einfallen, wie wir die Hilfe vor Ort effektiv organisieren, zumal sie für alle nicht nur monetär günstiger ist. Die jungen Leute bleiben in ihren Kulturkreisen und dem Aufbau ihrer Länder erhalten, wir leisten unseren humanitären Solidaritäts- und Integrationsbeitrag, überfordern aber unsere Gesellschaft nicht. Im Übrigen hätte nur ein Teil der sechs Milliarden Euro für den Sultan vom Bosphorus Erdogan Herrn Erdogan gereicht, um die Erpressung Europas durch die Steuerung der Flüchtlingsströme auch noch ausreichend zu vergüten. Eingesetzt in den Flüchtlingslagern des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die Entwicklungshilfe und Fluchtursachenbekämpfung in den Ländern Afrikas wäre das besser angelegtes Geld. Damit die Afrikaner sich aber gar nicht erst in Bewegung setzen, muss das Signal nicht nur von Europa sondern auch von Deutschland ausgehen, dass die Grenzen nur für wenige politisch Verfolgte durchlässig sind und deren Asylgrund an der EU-Außengrenze festgestellt wird. Wir wissen ja inzwischen, dass unsere faktische Inte-

grationsobergrenze tatsächlich bei der Seehoferschen 200.000er Marke liegt und dass bei unseren Standards ein weiterer Zustrom von Migranten die Sozialsysteme zerbersten lassen würde. Selbst der euphorischste Unternehmer und die willkommenskulturfreudigste Kommune haben längst verstanden, dass die Probleme des Fachkräftemangels und die demografische Entwicklung allein durch Zuwanderung nicht zu lösen sind. Sie sind zwar ein Konjunkturprogramm für Sozialarbeiter, Bildungsträger, Dolmetscher und das Sicherheitsgewerbe allerdings zulasten des Steuerzahlers, dessen Erfolge allenfalls mittelfristig, die Misserfolge jedoch kurzfristig zutage treten werden.

Der Selbständige: Und wie sieht es mit den anderen Flüchtlingsrouten aus? Hat Frau Merkel tatsächlich schon ein Ziel erreicht, die Flüchtlingsströme einzudämmen?

Veronika Bellmann: Sich einerseits mit stark zurückgehenden Flüchtlingszahlen zu rühmen, aber andererseits Länder entlang der Balkanroute wegen der Grenzschließung zu kritisieren, ist meines Erachtens entweder zynisch oder ein Ausdruck höchster Unsicherheit. Schließlich verhalten sich die Osteuropäer EU-bezogen gesetzesbeziehungsweise vertragstreu und wollen Chaos und Überforderung



im eigenen Lande vermeiden. Es ist die originäre Aufgabe der EU-Mitglieder, für einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen zu sorgen. Dass diese Länder die nationale Reißleine gezogen haben oder dabei sind, sie zu ziehen, ist absolut nachvollziehbar. Weil sie nicht wie früher von Anfang an in die europäischen Entscheidungsprozesse einbezogen wurden, sehen sie auch gar nicht ein, warum sie jetzt europäische Solidarität üben sollen. Dass die osteuropäischen Länder sich nicht zu ihren wirtschaftlichen und sonstigen politischen Problemen auch noch religiöse oder ethnische Konflikte ins Land holen wollen, kann ich einerseits gut verstehen. Andererseits geht es zumindest bei den Kriegsflüchtlingen größtenteils um eine zeitweilige Schutzmaßnahme. Da wäre die Aufnahme eines gedeckelten Flüchtlingskontingents im Sinne eines Mindestmaßes an europäischer Solidarität und der Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention schon geboten. Inzwischen lassen sich die Schlepper immer neue Wege einfallen, um den Leuten ihr letztes Geld aus der Tasche zu ziehen. Nach der geschlossenen Balkanroute versuchen sie nun Flüchtlinge über die östliche Mittelmeerroute oder über Spanien, Tunesien, Libyen oder Ägypten nach Italien zu bringen. In Libyen sollen über 100.000 Menschen auf ihre Weiterfahrt warten. Aber das

Mittelmeer ist nicht der einzige Weg, um nach Europa zu kommen. Zunehmend kommt die östliche Landroute wieder ins Spiel, mit den Zielen Deutschland, Frankreich, Skandinavien, neuerdings verstärkt über Bulgarien, aber auch über Russland, die Ukraine und Polen. Deshalb errichten jetzt auch die Letten wieder Grenzzäune.

Der Selbständige: Nach den Terroranschlägen von Brüssel hat die polnische Regierung angekündigt, keine weiteren Migranten ins Land zu lassen. Damit widerrief die polnische Regierungschefin eine Zusage der liberalen Vorgängerregierung. Es bleibt zu befürchten, dass sich andere Länder der polnischen Haltung anschließen und somit Deutschland die Hauptbeziehungsweise die alleinige Last zu tragen hat. Ist das zu pessimistisch gedacht? Oder womit rechnen Sie?

Veronika Bellmann: Man kann schon sagen, dass der Asylalleingang der Bundeskanzlerin, der dem Dublin-System einen Todesstoß versetzt hat, schon eigenartige Kettenreaktionen auslöst. Dazu gehört auch die von der EU-Kommission vorgeschlagene Reform des Asylsystems. Wiederum geht es um Zwangsverteilung illegaler Einwanderer auf alle Mitgliedsstaaten, dieses Mal aber gekoppelt mit einem hochdotierten Sanktionsmechanismus. Wer nicht mitmacht, zahlt

„Notwendig ist ein weithin hörbares Signal dahingehend, dass auch die Kräfte Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen begrenzt sind“

Mit Veronika Bellmann sprach Joachim Schäfer

pro nicht aufgenommenen Flüchtling eine Viertelmillion Strafe. Falls diese Reform überhaupt beschlossen wird, bleibt abzuwarten, ob sich außer Polen noch weitere souveränitätsbewusste Osteuropäer der Visegrád-Gruppe der Umsetzung entgegenstellen. Wieso sollten sie auch für nicht aufgenommene Flüchtlinge Strafe zahlen, wenn die ohnehin alle nach Deutschland wollen. In ihren Augen ist und bleibt die Flüchtlingskrise ein Problem, das Deutschland zu lösen hat. In Deutschland erlaubt unser Grundgesetz keine Quotierung und auch keine generelle Ausgrenzung aufgrund einer bestimmten Religionszugehörigkeit, wohl aber die Möglichkeit der Gefahrenabwehr im Sinne von Überforderung. Hier scheiden sich die politischen Geister in der Bewertung, wann Deutschland überfordert ist. Der bayerische Ministerpräsident sieht diese Grenze bei 200.000 Migranten pro Jahr. Die Bundeskanzlerin will von einer Obergrenze nichts wissen, so wie sie ohnehin nichts von nationalen Lösungen hält. Notwendig ist deshalb ein weithin hörbares Signal dahingehend, dass auch die Kräfte Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen begrenzt sind. Sie betrifft weniger Unterkunft, Versorgung als die Integration in den Arbeitsmarkt, die Bildungs- und Sozialsysteme, eben die Gesellschaft insgesamt. ■